

**Thesen zu „Metamorphosen des Antisemitismus“
bzw. zum „linken“ Antisemitismus**

Alexander von Plato

(Podiumsdiskussion des Ludwig Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft
und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien am 9. Mai 2007)

Erlauben Sie mir zwei verschiedene Zugänge: einen historisch-systematischen und einen eher aktuell politischen, um dem Hauptdilemma in den heutigen Debatten, nämlich dem Verhältnis von politischer Kritik an israelischer Regierungspolitik und Antisemitismus auf die Spur zu kommen.

I. Der historische Zugang:

1. In Europa dürfte die wesentliche Metamorphose des Antisemitismus in den letzten Jahrhunderten die vom christlich bestimmten Antisemitismus zum offenen Rassismus gewesen sein, der dieses religiösen Mantels nicht bedurfte, aber auf dessen Grundfiguren und Vorurteile zurückgreifen konnte. Gegner dieses offenen Rassismus, vor allem linke Kritiker am Nationalsozialismus bzw. Faschismus, das hieß in den 1920-er und 1930-er Jahren vor allem die demokratisch-sozialistischen und die kommunistischen Kritiker, verurteilten von Ausnahmen abgesehen den Rassismus und Antisemitismus des Nationalsozialismus bzw. antisemitischer Verbände (wie z.B. des Handlungsgehilfenverbandes in Deutschland). Sozialisten und Kommunisten kritisierten den Antisemitismus als kleinbürgerlichen Antisemitismus, machten entsprechend ihrer Ideologie und Politik in ihrer Kritik an Großkapitalisten nicht vor Juden Halt, was manchmal in der Propaganda zur Verwischung der Grenzen von politischer Kritik und Antisemitismus führte oder zu führen schien.

2. Es gab von Beginn an eine Affinität zwischen Zionismus und Sozialismus. Viele Juden fühlten sich daher von sozialistisch-kommunistischen Parteien angezogen, so dass sich der radikale Antisemitismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen politischen Hauptfeind nicht allein im „Judentum“, sondern im „jüdischen Bolschewismus“ suchte. Auf der anderen Seite baute der Zionismus bekanntermaßen auf sozialistischen Ideen auf, die bis heute *ein* Element seiner Anziehungskraft geblieben sind. Das war traditionsbildend und sollte nicht vergessen werden.

3. In der Forschung zum Antisemitismus gab es seit den 1920-er Jahren eine deutliche und grundlegende Wandlung: Der Antisemitismus wurde vor allem von Vertretern der Frankfurter Schule vor und nach der Vertreibung aus Deutschland in Beziehung gesetzt nicht nur zu politischen Instrumentalisierungen, sondern auch – und das war völlig neu – zu Persönlichkeitsstrukturen, vor allem bei einer „autoritären Persönlichkeit“, wie es dann bei Brunswick, Adorno und anderen hieß. Diese antidemokratische Persönlichkeitsstruktur wurde mit Hilfe von Verhaltens- und Auffassungsskalen gemessen, was zu scharfen innerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen führte. Neu war zweitens, dass der Antisemitismus als Teil eines ganzen Sets von Vorurteilen gesehen wurde. Drittens und damit zusammenhängend wurden Rassismus bzw. Antisemitismus als Ausdruck eines Ethnozentrismus begriffen. Damit war gemeint, dass Persönlichkeiten, die die eigene Welt unhinterfragt als selbstverständlich und normal setzen, zur Abwehr alles Fremden neigen. Auf dieses Fremde und Abweichende werde alles Böse und Bedrohliche projiziert; die Ursachen aller erdenklichen Unzufriedenheiten werden den „Fremden“, den „Andersartigen“ angelastet, insbesondere das Infektiöse und Unhygienische. Personen mit dieser Struktur neigen auch zu undemokratischen Lösungen politischer Probleme, zu monokausalen einfachen Weltbildern und zu manchmal gewalttätigen einfachen Lösungsvorschlägen, so die damaligen Ergebnisse, die auch zu grundlegenden Fragen an autoritäre Organisationen gleich welcher Couleur führten.

Mit diesen neuen Forschungen wurde eine Richtung eingeschlagen, die den Rassismus bei Antisemiten bzw. in entsprechenden Persönlichkeitsstrukturen aufzuspüren versuchte. Dieser Ansatz schien auch anwendbar auf verschiedene Kulturen und Gesellschaften, um auch dort mit Hilfe dieser oder ähnlicher Instrumentarien Vorurteile und Rassismen auszumachen. Auch dies führte zu scharfen innerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen, könnte jedoch für heutige Forschungen zum Rassismus und besonders zum Antisemitismus hilfreich sein, weil so politische Kritik in Beziehung zu einer rassistischen Persönlichkeitsstruktur gesetzt werden könnte.

4. Gab es bis 1945 eine nur von Ausnahmen getrübe Sicht auf das positive Verhältnis von „links“ und „anti-rassistisch“; so entstanden nach 1945 ernstzunehmende Störungen dieses Bildes: beispielsweise in den westlichen Besatzungszonen die Abwehr bzw. Formen der Abwehr gegen Entschädigungsanträge oder gegen Forderungen auf Rückgabe „arisierten“ Eigentums, die für jüdische Deutsche bzw. ehemaligen KZ-Insassen zu Demütigung oder gar Re-Traumatisierung gerieten. In der Sowjetischen Besatzungszone waren es Kommunisten, die Unterscheidungen machten zwischen Kämpfern gegen den Faschismus und „Opfern“, die „nur gelitten“ hätten, zumeist Juden.¹ Diese Unterscheidung hatte Folgen vor allem für die medizinische und soziale Betreuung sowie für die Höhe der Rente.² Bei den Debatten um die Sozialisierung 1947/48 wurden innerhalb der SED-Führung Vorwürfe laut, einige Genossen wollten „Sondervergünstigungen“ für Juden und „vor den jüdischen Kapitalisten Halt machen“ in der Enteignung von Kapital.

¹ Diese Unterscheidung galt auch, in abgeschwächter Form, in der Republik Österreich seit 1945 (Siehe etwa: Brigitte Bailer: Wiedergutmachung kein Thema, Wien 1993, SW. 28 ff.

² Der im Juni 1945 beim Berliner Magistrat gebildete „Hauptausschuß 'Opfer des Faschismus'“, der von den ehemaligen politischen Häftlingen dominiert wurde, „verkörperte ausschließlich den aktiven Widerstand und lehnte ausdrücklich die Aufnahme aller Opfer ab“. (Gröhler, Olaf: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bis 1949, in: Morsch, Günter: Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, o.O. (Oranienburg) 1996, S. 87 - 92, hier S. 88.) Erst am 25. September wurden Juden (kaum Bibelforscher oder Zigeuner) aufgenommen, worüber die „Deutsche Volkszeitung“ unter der denkwürdigen Überschrift berichtete: „Juden sind auch Opfer des Faschismus“. (Zitiert nach zur Nieden, Susanne: „... als Opfer des Faschismus nicht tragbar.“ Ausgrenzungen verfolgter Homosexueller in Berlin 1945 bis 1949 (Ms.), S. 4.)

Die Slansky-Prozesse³ in der Tschechoslowakei bzw. der sog. Ärzteprozess und der Wechsel in der Politik der Sowjetunion gegenüber dem Staat Israel von einer unterstützenden zu einer anti-zionistischen Haltung im Kalten Krieg taten ein übriges, um die Grenzen zwischen politischer Kritik und rassistischer Argumentation zerfließen zu lassen.

Obwohl der Antisemitismus in der SED geringer war als in den Sowjetunion, obwohl es auch in der SED viele Juden gab, die absichtlich in die SBZ/DDR als das „andere, das bessere Deutschland“ zurückgekehrt waren⁴, gab es in den 1950-er Jahren Verstärkungen über wachsenden Antisemitismus in der Sowjetunion, aber auch in der SED: So wurden Anfang der 1950-er Jahre sogar führende jüdische SED-Funktionäre beobachtet oder für die Stasi als Spitzel oder Informelle Mitarbeiter (IM) angeworben, obwohl Parteimitglieder von der Stasi im Grundsatz nicht beobachtet werden durften. Die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) wurde 1953 durch den Parteivorstand der SED für die meisten Mitglieder völlig überraschend aufgelöst, da diese Organisation „ihre Aufgabe erfüllt“ hätte. Danach wurde die frühere Unterscheidung zwischen „Kämpfern“ und „Opfern“ noch verschärft.

In Westdeutschland offenbarte die Debatte um die Verjährung in den 1960er Jahren äußerst Ambivalentes: Einerseits gab es zwischen 1965 und 1969 eine 12-prozentige Zunahme der Stimmen derjenigen, die es ablehnten, einen „Schlussstrich“ unter die nationalsozialistisch deutsche Geschichte zu ziehen und Mord, also auch den an Opfern nationalsozialistischer Verfolgung, nicht verjähren lassen wollten (Ansteigen von 32% auf 44% für Verfolgung von NS-Morden, Sinken von 57% auf 46% für einen Schlussstrich). Auf der anderen Seite waren 77 Prozent dafür, die Verjährung von Mord allgemein aufzuheben, das heißt 43 Prozent mehr als bei der Frage nach der Verjährung von NS-Morden. 1969 waren 71% dafür, bei Verurteilungen wegen Mordes allgemein keine Verjährung eintreten zu lassen.

³ Gemeint ist der Prozess gegen Rudolf Slansky (1901-1952), der nach dem Moskauer Exil Generalsekretär der KPC geworden war.

⁴ Vgl. zu Juden in der SBZ und DDR vor allem Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000.

Das heißt, dass der „normale“ Mord ganz im Gegensatz zu dem Mord an Juden in der NS-Zeit bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung anders gewertet wurde: Das eine scheint für sie „wirklicher“ Mord gewesen zu sein, das andere „nur“ Mord an Juden. Man kann dies im Sinne eines virulenten Antisemitismus interpretieren, man kann dies auch als eine Unterscheidung zwischen staatlich legitimiertem Mord und einem Mord durch Individuen verstehen. Daher ist es wichtig, andere Fragen und den Kontext dieser Entwicklung mit einzubeziehen.

Anders als die SED-Politik sehe ich die Studentenbewegung in dieser Frage. Sie war extrem differenziert und uneinheitlich; dennoch werden im Nachhinein, wenn es um ihren vorgeblichen Antisemitismus geht, nur ganz bestimmte und kleine Teile der Studentenbewegung herangezogen, vor allem die RAF in den Palästinenser-Lagern. Auch die politische Kritik am 6-Tage-Krieg wird häufig als Antisemitismus gewertet. Aber es wäre notwendig, den Kontext sowohl der Hintergründe des Krieges als auch der Studentenbewegung einzubeziehen. Das große Verdienst der Studentenbewegung und der Masse ihrer Aktiven lag – nicht zu vergessen – darin, die Verurteilung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen auch und besonders an Juden, die Frage nach Kontinuität und Bruch 1945 (auch in den Biographien seiner Träger oder in der Wissenschaft) und vieles andere mehr auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Die Forschungsergebnisse der Frankfurter Schule wurden durch sie, teilweise erstmals, in Deutschland publiziert, auch die zur „Autoritären Persönlichkeit“ (zunächst als Raubdruck in Berlin, Frankfurt am Main und Heidelberg).

Kommunistische Organisationen, die im Gefolge der Studentenbewegung entstanden, hatten demgegenüber einen deutlichen, manchmal groben politischen Antizionismus in ihren programmatischen Erklärungen, ohne jedoch ihre grundlegende Kritik am nationalsozialistischen Rassismus und – als eine der ersten – ihre Verurteilungen der Einsätze der Wehrmacht gegen vorgebliche oder wirkliche Partisanen oder Juden sowie der nationalsozialistischen Zigeunerpolitik aufzugeben.

II. Der aktuell politische Zugang

1. Der rassistische Antisemitismus hatte, das zeigen viele historische Beispiele, (fast) immer eine politische Komponente; deshalb ist auch heute so schwer auszumachen, ob politische Kritik am Staat Israel vor allem politische Dimensionen besitzt oder rassistische Wurzeln hat oder Rassismen bedient oder beides. Daher ist es verständlich, wenn gerade in Deutschland oder Österreich nicht nur bei jüdischen Bürgern dieser Länder große Wachsamkeit gegenüber politischer Kritik an Israel herrscht aus Sorge, sie könnte einem allgemeinen rassistischen Antisemitismus Vorschub leisten. Und in der Tat gibt es viel Kritik an der Politik des Staates Israel, die von Antisemitismus geprägt und motiviert ist.

2. Dennoch ist der Umkehrschluss, dass jede politische Kritik auf verdeckten Rassismus der Kritiker hinweisen könnte, fatal: Dadurch wird nicht nur jeder politischen Kritik gleichermaßen und vorschnell Berechtigung und Legitimität genommen⁵, ehe das Argument geprüft wurde, sondern im Gegenteil: Diese Position wirkt wenig überzeugend, da sie an den Beweisführungen der Kritik vorbeigeht. Außerdem führt der schnelle Vorwurf des Antisemitismus zu trotzigem, das heißt un-überzeugtem Schweigen oder zu Erbitterungen, wenn nicht zu neuen Abwehren oder zur Bestätigung von Vorurteilen. Gerade um die rassistische Kritik zu isolieren, bedarf es des Ernstnehmens der politischen Elemente der Kritik auch an Israel. Oder anders: Es bedarf in der Tat der sehr konkreten und sorgfältigen Bewertung von *Ziel, Berechtigung, Motivation und Kontext* zur Beurteilung des Verhältnisses von Antisemitismus und politischer Kritik an israelischer Politik oder der Nahost-Politik der Bush-Administration. Genau diese sorgfältige Beurteilung – auch der kritischen Beurteilung der palästinensischen Politik in ihren unterschiedlichen Schattierungen –

⁵ wie John Bunzl, den ich hier angesichts seiner Abwesenheit mit vertreten soll, meiner Ansicht nach zu Recht bei der ersten dieser beiden Veranstaltungen erklärte.

habe ich in den letzten Jahren in vielen Fällen vermisst mit negativen Folgen für die politische Kultur.⁶

Zusammengefasst: Eine Trennung zwischen politischer Kritik und Antisemitismus ist zwar nur begrenzt möglich, sollte aber als Anforderung wieder mehr ins Zentrum gerückt werden, um vorschnelle Zuschreibungen und Abwehren zu vermeiden. Wer über den Holocaust oder das nationalsozialistische Sklaven- bzw. Zwangsarbeiter-System gearbeitet hat, kann sich manchmal des Verdachts nicht erwehren, dass in einigen Urteilen über politische Kritik als Antisemitismus eine Portion Unterschätzung des tödlichen nationalsozialistischen Antisemitismus und seines KZ-Systems steckt. In der Forschung wäre es nützlich, unter anderem frühere Ansätze der Vorurteilsforschung oder der Analyse der antidemokratischen und autoritären Persönlichkeitsstruktur einzubeziehen.

Wenigstens einige Beispiele (falls Zeit besteht):

- Es gibt eine Tendenz in den Diskussionen um die gegenwärtige amerikanische Nahost-Politik und die Militärpolitik Israels, in denen antisemitische Einzelfälle vorschnell zu einer veritablen Strömung oder Hauptströmung verallgemeinert werden: Beispielsweise wurden meiner Einschätzung nach auf dem ersten Teil dieser Veranstaltung (am 6.3.2007) eher randständige linke Organisationen stark gewichtet, wie es mir bei dem von mir sehr verehrten Kollegen Neugebauer erschien. Und selbst bei diesen von ihm genannten Beispielen trotzistischer Politik würde ich vor allem deren politischen Vorstellungen und Forderungen kritisieren sowie auf ihren sonstigen Kontext schauen – schon um der Überzeugungskraft willen.
- Auch die von mir ebenfalls sehr geschätzte Kollegin Margit Reiter betonte das letzte Mal, dass die genannten Beispiele für linken Antisemitismus randständig gewesen seien, es ginge in ihren Forschungen eher um den

⁶ Vermisst habe ich in diesen Debatten auch Fragen des Völkerrechts und der Verletzung diplomatischer Gepflogenheiten.

„linken mainstream“. Leider kann sie heute nicht auf meine Frage antworten, welcher linke mainstream gemeint ist, ob es einen solchen überhaupt gibt und mit welchem methodischen Instrumentarien man dessen vorgeblichen Antisemitismus aus den politischen Einwänden gegen Bush oder gegen jüngere Regierungspolitik Israels usw. herausfiltern will.

- Auch dann, wenn deutlich wurde, dass Kritiker nicht den Staat Israel in Frage stellen, sondern im Gegenteil nachzuweisen versuchten, dass die frühe Politik unter Sharon oder die Nahost-Politik der USA der letzten Jahre zu einer weiteren und verstärkten Gefährdung des Staates Israel führen könnten, wird das Argument entgegen gesetzt: „Israel müsse vor dem dahinter stehenden (rassistischen?) Antisemitismus geschützt werden“ – natürlich, wenn dem so ist.
- Problematisch erscheint mir auch die Argumentationskette: Kritik an der Bush-Administration = „Antiamerikanismus“ = „Antisemitismus“. Sie ist zu einem für die akademische Szene erstaunlich simplen Muster geworden. In dieser Kette braucht man Nächte (und manches Gläschen Wein), um das eine vom anderen zunächst getrennt debattieren zu können, um dann eventuell auf das zu kommen, was damit gemeint ist. Und gemeint ist fast immer in diesem Muster, dass „Antiamerikanismus“ zur Gefährdung Israels führe, was aber nun gerade von vielen Kritikern der Nahost-Politik der Bush-Administration bezweifelt wurde.
- Wenn ich beispielsweise zu *Beginn* des Zweiten Irak-Krieges in Deutschland die Frage nach dem Angriffs-Potential der säkularen Diktatur Saddam Husseins im Verhältnis zu anti-israelischen Gefahren durch eine eventuell nachfolgende schiitische irakische Regierung in Verbindung mit dem Iran aufwarf, wurde ich nicht selten mit dem gerade genannten Muster konfrontiert, erntete manchmal äußerst aggressive Reaktionen, einmal sogar den Vorwurf des Rechtsradikalismus. Wer würde heute, nach der Radikalisierung der iranischen Regierungspolitik und einiger schiitischer

Gruppen im Irak noch so aggressiv und plump reagieren? Damit will ich sagen, dass auch in vielen Elementen dieser Debatte die historischen Halbwertzeiten ihres Verfalls gering waren, was Anlass nicht nur zur Sorgfalt sondern auch zu gelasseneren Debatten führen könnte.

- Insgesamt sehe ich heute eher andere Probleme, Schwierigkeiten und Gefahren durch einen möglichen Antisemitismus. So muss man befürchten, dass sich auch in deutschen Schulen mit hohem Anteil muslimischer Migrantenkinder fundamentalistische antisäkulare Strömungen verstärken, wie gegenwärtige „Trends“ nahe legen, in denen auch die heutige iranische Regierung mit ihrem Antisemitismus eine Rolle spielt. Hier ist eine extrem sensible und überzeugende Pädagogik gefragt. Diese Tendenzen würden noch ganz andere Verstärkungen bekommen, wenn in der Türkei die Trennung von Staat und Kirche verloren ginge oder andere Bereiche aus ihrer säkularen Geschichte verändert werden würden. Dies umso mehr, als die Türkei nicht zuletzt wegen dieser säkularen Geschichte fast wie ein europäischer Staat behandelt wurde und aus geopolitischen Interessen Mitglied der NATO wurde. Ob an den gegenwärtigen Zuspitzungen in der Türkei unter anderem – weiß Gott nicht allein – die Politik vor und während des Zweiten Irak-Kriegs mit verantwortlich ist, ist für mich historisch offen. Gerade gegenüber der Türkei bedarf es einer hoch-sensiblen Politik, damit dieses Land nicht zum „Einfallstor“ fundamentalistischer Gefahren in Europa wird und jugendliche Muslime nicht radikaler im Sinne eines anti-israelischen „Islamismus“ und eines zu erwartenden Antisemitismus werden. Davon würden sicherlich auch andere, beispielsweise deutsche oder französische Jugendliche angezogen.